

I. Anmeldung

TOP:

Ausschuss für Recht, Wirtschaft und Arbeit

Sitzungsdatum 30.11.2016

öffentlich

Betreff:

Situation am Hauptbahnhof und in der Königstorpassage

Anlagen:

- Bericht
- Anträge der Stadtratsfraktion der SPD vom 13.04.2016 und vom 02.08.2016
- Antrag der Stadtratsfraktion der CSU vom 25.04.2016
- Antrag der Stadtratsfraktion von Bündnis 90/ Die Grünen vom 18.07.2016
- Alkoholverbotsverordnung
- Alkoholverbotsverordnung Begründung
- Alkoholverbotsverordnung Karte
- Gutachten
- Beschluss
- Stellungnahme des PP Mittelfranken vom 20.09.2016

Bisherige Beratungsfolge:

Gremium	Sitzungsdatum	Bericht	Abstimmungsergebnis		
			angenommen	abgelehnt	vertagt/verwiesen
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Sachverhalt (kurz):

Der Hauptbahnhof und die Königstorpassage als zentral erreichbare und belebte Örtlichkeiten dienen schon immer als Treffpunkt für verschiedene Personengruppen, auch für sogenannte Randgruppen, die diesen Raum als sozialen Bezugspunkt und zur Teilnahme am gesellschaftlichen Leben nutzen. Seit Ende des Jahres 2016 hat sich dieses Phänomen jedoch in qualitativer und quantitativer Hinsicht derart ausgeweitet, dass das Sicherheitsgefühl von Passanten und der Bevölkerung erheblich beeinträchtigt wird. Es kam zu vermehrten Sicherheitsstörungen, im Bereich der Betäubungsmittelkriminalität ist ein erheblicher Anstieg der Deliktszahlen zu verzeichnen. Es wird über die aktuelle Situation und über die im Rahmen des Runden Tisches bzw. der Unterarbeitsgruppen erarbeiteten Maßnahmen berichtet. Insbesondere werden die Lösungsansätze der Verbesserung der Beleuchtung, bauliche Maßnahmen und die aufsuchende Arbeit der Streetwork näher dargestellt. Desweiteren wird der Erlass einer Alkoholverbotsverordnung nach Art. 30 LStVG als Teil des Maßnahmenpakets sowie der Modellversuch zum Aufstellen von Entsorgungscontainer für Drogenbestecke zur Begutachtung bzw. Beschlussfassung vorgelegt.

Beschluss-/Gutachtenvorschlag:
siehe Beilage

1. Finanzielle Auswirkungen:

- Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ weiter bei 2.)

- Nein (→ weiter bei 2.)

- Ja

Kosten noch nicht bekannt

Kosten bekannt

Gesamtkosten

€

Folgekosten

€ pro Jahr

dauerhaft nur für einen begrenzten Zeitraum

davon investiv

€

davon Sachkosten

€ pro Jahr

davon konsumtiv

€

davon Personalkosten

€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?

(mit Ref. II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. II / Stk in Kenntnis gesetzt)

- Ja

- Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

- Nein (→ weiter bei 3.)
- Ja
 - Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans
 - Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von _____ Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)
 - Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit OrgA ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

- Ja
- Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

- Nein
- Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:
Unterschiedliche Auswirkung auf betr. sozial benachteiligte Gruppen sowie auf Allgemeinheit. Repressive Maßn. soll Allgemeinheit von Straftaten und Owis verschonen, Streetwork muss gestärkt werden.

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

- RA** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)
- Ref. V**
- 2. BM/SÖR**
- Ref. VI, UB**

II. Herrn OBM

III. _____

Nürnberg,

()